

Schlimmster Lobbyismus! FDP will Kleingärten zu Bauland machen

Die innerstädtischen Kleingartenflächen wecken immer wieder Begehrlichkeiten der Immobilienbranche. Im Frühjahr des Jahres hatte es sich die FDP auf die Fahnen geschrieben, mit einem Antrag im Abgeordnetenhaus die Kleingärten innerhalb des S-Bahn-Rings abzuschaffen und zu Bauland umzuwidmen. Der Weddinger SPD-Abgeordnete **Bernd Schimmler** (Brunnenviertel, Nettelbeckplatz, Sprengelkiez) hat den Antrag und die Antragsteller für die Zeitschrift "Der Berliner Gartenfreund" einmal näher unter die Lupe genommen:

Mitte April begründete die FDP einen Antrag im Berliner Abgeordnetenhaus, den sie zuvor in das Parlament eingebracht hatte. Der ansonsten zumeist in sich und das Timbre seiner Stimme höchst selbstverliebte Fraktionsvorsitzende der Liberalen, denen man oftmals nicht nur die Unkenntnis von zehn Jahren Berliner Politik, sondern auch die Überraschung, nunmehr im Parlament zu sitzen, anmerkt, überließ vorsorglich die Begründung niedrigeren Chargen. Der Antrag war ein Affront gegen alle Berliner Kleingärtner und ihre Angehörigen. Der Stadtentwicklungs-politische Sprecher der SPD-Fraktion, Jürgen Radebold, fragte daher in der Debatte zu Recht, ob die FDP die vergangenen Jahre verschlafen hätte.

Die Antragsteller tun so, als ob in Berlin Grundstücksknappheit herrscht. Im Gegenteil: unzählige Grundstücke des landeseigenen Liegenschaftsfonds sind immer noch nicht vermarktet. Zehntausende Quadratmeter an Bürofläche stehen leer und dies gilt auch für 140.000 Wohnungen. Der Antrag zeigt vielmehr eine Arroganz gegen jenen Teil der Berliner Bevölkerung, die sich kein Wasser- oder Waldgrundstück nahe des Berliner Autobahnringes leisten können. Und der Antrag zeigt, dass diese Partei keinerlei Verständnis für die eminent ökologische Bedeutung der innerstädtischen Kleingartenflächen entwickelt hat.

Schon einmal hatte der heute wieder im Parlament sitzende Rechtsliberale Mieczkowski zum Fanal gegen die Berliner Kleingärtner geblasen, damals noch von seiner Landesvorsitzenden Carola von Braun - ansonsten nur durch eine Friseurafäre bekannt- unterstützt.

Aber auch der neue Versuch wird so fehlgeschlagen, wie der damalige.

Eines schien die FDP aber gelernt zu haben; man wollte wohl ökologische Aspekte nicht ganz vergessen und will daher die innerstädtischen Kleingartenflächen, auch die gesicherten (!), diesmal nur in Einfamilienhaussiedlungen verwandeln. Welch ein Fortschritt! Schon während der gescheiterten Ampel-Koalitionsverhandlungen mit der FDP hatte Bausenator Strieder den Liberalen augenscheinlich vergeblich vorgerechnet, dass in Berlin Flächen zur Ansiedlung von ca. 100.000 Einfamilienhäusern vorhanden sind. Dies hatte der FDP-Redner auch erkannt, er will daher die Flächen nicht sofort haben, sie sollen quasi stets verfügbares Bauerwartungsland sein.

In meiner Partei ist vielen, nicht nur mit diesem Antrag, sondern auch mit dem Verhalten der FDP zu wohnungs- und mietenpolitischen Initiativen deutlich geworden, dass die ursprünglich gewünschte "Ampel- Koalition" mit solchen Partnern nie gehalten hätte. Die Regierungskoalition wird - nach der üblichen Überweisung in den Ausschuss - diesen Antrag natürlich ablehnen.

Kleingartenfunktionäre redeten immer flexibel auch über Problemfälle mit der Politik und der Verwaltung und die Berliner Kleingärtner standen einer sinnvollen Großstadtentwicklung nie im Wege, wenn ansonsten die Grundbedürfnisse der hunderttausend Nutzer von Kleingärten gewahrt blieben. Gegner warfen den Kleingärtnern deshalb Lobbyismus vor. In der Tat: Kleingärtner kämpfen für ihre Interessen, dies sieht jeder und weiß jeder.

Wenn aber eine kleine Partei so tut, als spräche sie im überwiegenden öffentlichen Inter-

esse, vertritt aber damit letztlich nur Verwertungsinteressen einer kleinen Gruppe von Maklern und Grundstücksentwicklern auf Kosten von innerstädtischen Grünflächen, von Erholungsgebieten im Kiezberich, dann ist dies ein schlimmer Lobbyismus, denn er traut sich nicht offen zu sagen, was man will. Gleichzeitig gefährdet eine solche Politik einer Partei den sozialen Grundkonsens dieser Gesellschaft, einer Partei, deren Vorsitzender gerne auch dritter Kanzlerkandidat wäre. Dazu müsste dieses Parteichen aber Volkspartei sein; mit dem Anti-Kleingartenantrag im Berliner Parlament zeigt sie aber, was sie schon immer war: eine Klientelpartei. Kleingärtner gehören aber wohl nicht zu diesem exklusiven Kreis.